



Der Bund der Steuerzahler (BDS) kämpft für einen sparsamen und haushälterischen Umgang mit Steuergeldern, für die Reduktion der Steuerlast und für eine Vereinfachung der Besteuerung.

Der BDS ist eine unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Vereinigung, die sich ausschliesslich über



Jetzt Mitglied werden!

Damit wir unser Ziele erreichen können, sind wir auf Mitstreiter angewiesen. Werden Sie jetzt Mitglied beim BDS, um unsere Anliegen zu unterstützen. Vielen Dank!

- Ich will Mitglied werden!**
 - Einzelmitglied (Fr. 35.- / Jahr)
 - Ehepaar (Fr. 50.- / Jahr)
 - Firma (Fr. 100.- / Jahr)
- Ich möchte den BDS finanziell unterstützen! Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.**

Firma _____

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Natel _____

E-Mail-Adresse _____

Talon einsenden an: **Bund der Steuerzahler
Bahnhofstrasse 41
8180 Bülach**

**Tel. 044 451 18 10
Fax 044 451 18 12
www.bds-schweiz.ch**

CS Sorgenbarometer 2015 – Was beschäftigt die Schweiz?

Was beschäftigt die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger? Die Zuwanderung erscheint zunehmend bedrohlich, man fürchtet sich vor dem Verlust der Arbeitsstelle und sieht die Rente gefährdet.

Die Schweiz gehört zu den europäischen Ländern mit einem besonders hohen Ausländeranteil, welcher in den letzten 30 Jahren stark zugenommen hat: Anfang der 1980er Jahre betrug der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung weniger als 15 Prozent, heute sind es fast 25 Prozent. Diese Entwicklung wird laut der aktuellen Umfrage im Rahmen des diesjährigen Credit Suisse Sorgenbarometers zunehmend als belastend wahrgenommen. 2003 bezeichneten erst 18 Prozent «Ausländer» als ein Hauptproblem der Schweiz, heute sind es 43 Prozent. Die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» im Februar 2014 hat die Wahrnehmung nicht verändert im Gegenteil, das Thema «Ausländer» stieg seither in zwei Befragungen nochmals um 6 Prozent-

punkte (pp) in der Sorgenrangliste und befindet sich damit auf einem Rekordhoch.

Zudem wird die Verschärfung der weltweiten Flüchtlingssituation auch in der Schweiz wahrgenommen. 35 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bezeichnen Flüchtlinge als Problem; mehr waren es letztmals 2006 (39 Prozent), die Spitzen in den Jahren 1999 bis 2004 lagen jedoch mit bis zu 56 Prozent noch deutlich höher. Der hohe Anteil an Zuzüglern verunsichert also die Bevölkerung, doch es gibt diesbezüglich auch gute Nachrichten: Weder Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (10 Prozent) noch das Zusammenleben (7 Prozent) oder religiöser Fundamentalismus (6 Prozent) werden als nennenswerte Probleme empfunden.

«Röstigraben» und Frankenkurs

Seit 2003 stellt die Arbeitslosigkeit ununterbrochen die Hauptsorge der Schweizerinnen und Schweizer dar. Um dies besser zu verstehen, wird seit letztem Jahr im Sorgenbarometer zwischen Arbeitslosigkeit (41 Prozent, +5pp) und Jugendarbeitslosigkeit (26 Prozent, +4pp) unterschieden.

Während die Jugendarbeitslosigkeit erwartungsgemäss bei potenziell direkt betroffenen jungen Menschen bis 25 Jahre eine weit verbreitete Sorge darstellt (47 Prozent), gibt es bei der Arbeitslosigkeit als allgemeinem, nicht altersspezifischem Thema einen markanten Unterschied zwischen der Romandie (48 Prozent) und der Deutschschweiz (38 Prozent), aber auch zwischen Befragten, die sich politisch in der Mitte oder links einordnen (43 Prozent), und solchen, die mit der Rechten sympathisieren (31 Prozent).

Im Durchschnitt der letzten 20 Jahre bezeichneten 60 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als eine ihrer Hauptsorgen. Und in der Nähe dieses Wertes befinden sich auch die neusten Resultate. Der Spitzenwert des Jahres 1993 (89 Prozent) ist allerdings weit entfernt, wie auch der höchste Wert aus jüngerer Vergangenheit (2010: 76 Prozent). Dazu passt, dass die Arbeitslosenquote seit zwei Jahren stabil bei 3,2 Prozent liegt.

Der jüngste Anstieg bei der Sorge um die Arbeitslosigkeit (+12pp in den letz-

Seit 39 Jahren führt die Credit Suisse alljährlich ihre Sorgenbarometer- und Identitätsbarometer-Umfrage durch. Zwischen dem 24. Juli und dem 17. August 2015 befragte das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Credit Suisse 1009 Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz unter anderem nach deren Sorgen.

ten zwei Jahren) könnte mit dem konstant starken Franken zusammenhängen, eine Problematik, die sich durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses im Januar noch einmal akzentuiert hat. Verständlich ist damit auch, dass Sorgen um die konjunkturelle Entwicklung aufkommen. Eine Wirtschaftskrise (7 Prozent) oder Probleme bei Themen mit finanziellen Aspekten wie Steuern (9 Prozent), Löhnen (10 Prozent) oder Teuerung (11 Prozent) werden allerdings nicht befürchtet. Selbst das Phänomen «Neue Armut» (15 Prozent) liegt in der Rangliste der Sorgen deutlich unter dem Spitzenwert von 2005 (29 Prozent).

AHV beschäftigt mehr als Gesundheit

Drei weitere Phänomene sind seit Jahren vorne in der «Hitparade» der Sorgen. Im Durchschnitt der letzten 20 Jahre folgen der Arbeitslosigkeit (60 Prozent) nach wie vor das Gesundheitswesen (44 Prozent) und die AHV (42 Prozent), klar vor Flüchtlingen (33 Prozent) und Ausländern (28 Prozent) und den Beziehungen zur Europäischen Union (25 Prozent). Die Siche-

rung der Altersvorsorge zählt auch 2015 zu den Hauptsorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Diesmal wurde die AHV von 38 Prozent (+1pp) thematisiert; mehr waren es letztmals im Jahr 2010 (45 Prozent). Beim Gesundheitswesen hingegen kann man seit 2003 einen beinahe linear verlaufenden, starken Rückgang von 64 Prozent auf heute 22 Prozent feststellen. Die Massnahmen gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen scheinen das Vertrauen der Bevölkerung in die betreffenden Akteure gestärkt zu haben. Die Sorgen um die Europäische Union nehmen zu, auf derzeit 24 Prozent (+10pp seit 2011). Das könnte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und den Unsicherheiten rund um die bilateralen Verträge stehen. Doch das aktuelle Niveau ist weit entfernt von jenem der

Jahre direkt nach der Ablehnung des EWR-Beitritts und während der Aushandlung der ersten bilateralen Abkommen (1999): Durchschnittlich sorgten sich 40,5 Prozent zwischen 1995 und 2000 um die Beziehung zur Europäischen Union.

Und welche Probleme werden die Schweizerinnen und Schweizer in zehn Jahren beschäftigen? Nach heutigem Empfinden sieht die Rangliste wie folgt aus: Arbeitslosigkeit (55 Prozent), Altersvorsorge (46 Prozent), Ausländer (39 Prozent), Flüchtlinge (32 Prozent), neue Armut (24 Prozent), Gesundheitswesen (22 Prozent), soziale Sicherheit (19 Prozent) sowie persönliche Sicherheit und die Europäische Union (beide 18 Prozent). In einer Schweiz im Umbruch bleibt etwas also konstant: die Hauptsorgen der Bevölkerung.

